

FAZ

17.05.10

Europlatz Frankfurt

Vertrauen wieder gewinnen

Von Michael Heise

Die EU begründet den gewaltigen Rettungsschirm für den Euro mit außergewöhnlichen Ereignissen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen (Artikel 122 des Lissabon Vertrages). Tatsächlich hatten sich die Finanzmärkte und die reale Ökonomie in den letzten Wochen zu Parallelwelten entwickelt. Von der Wirtschaft kamen nahezu nur positive Nachrichten, selbst die „potenziellen Krisenländer“ Spanien und Portugal vermeldeten wirtschaftliches Wachstum und Griechenland eine deutlich rückläufige Neuverschuldung. Die Finanzmärkte beeindruckte dies nicht, sie zweifelten mehr und mehr an der Konsolidierungsbereitschaft und Wettbewerbsfähigkeit einiger EWU-Länder. Von einem Markt zum anderen sprang der Funke über. Als auch die Interbankenmärkte in den Sog gerieten, drohte eine Spirale nach unten.

Der Rettungsschirm hat die Kettenreaktion zunächst unterbrochen. Aber es wird hoffentlich allen Akteuren klar sein, dass der Fonds, so groß er auch sein mag, nur Zeit kauft, um das eigentliche Problem zu bereinigen, nämlich das Vertrauen der Märkte in die Beherrschbarkeit der Staatsverschuldung wieder herzustellen. Dazu bedarf es rascher und mutiger Schritte: erstens energische und glaubwürdige Konsolidierungs- und Reformprogramme auf Seiten der Schuldenländer. Den bereits angekündigten Sparmaßnahmen sollten bald strukturelle Reformen folgen. Wir sind inmitten einer Vertrauenskrise, in der es keine echte Alternative zur Defizitreduktion gibt. Zweitens darf sich die EU nicht auf leichte Modifikationen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beschränken, der sich als zahloser Tiger erwiesen hat. Mehr Informationsrechte für die Statistikbehörde oder eine Straffung des Sanktionsverfahrens sind gut, aber keine hinreichende Reform. Die sollte wie folgt aussehen: Pflicht zur Vorlage verbindlicher Langfristpläne aller EWU-Länder, wann die staatlichen Defizite auf null (nicht 3%) zurückgeführt werden, begleitende Ausgabenpläne für unterschiedliche Wachstumsszenarien, Kontroll- und Eingriffsrechte einer neu zu schaffenden Institution (z.B. eines Finanzkommissars unterhalb des EU-Rates), härtere

Sanktionsmöglichkeiten bis hin zum potenziellen Ausschluss aus der Währungsunion. Wenn die Politik bei solchen Reformen ähnlich kraftvoll zupacken würde, wie beim Mega-Fonds, könnte das Vertrauen der Märkte in den mittelfristigen Schuldenabbau durchaus rasch zurückkehren. Die Ausgangslage ist in der EWU keinesfalls schlechter, in vieler Hinsicht sogar besser als in den USA oder gar Japan. Im Positivszenario mit beherzten Reformen könnte der Fonds eine reine Abschreckungswaffe gegenüber der Spekulation bleiben, ohne aktiv zu werden. Im Negativszenario ausbleibender Reformen wird die Union auch mit dem Fonds bzw. gerade wegen des Fonds geschwächt, denn dann werden durch eine Art gemeinschaftliche Schuldenübernahme die völlig falschen Anreize geschaffen. Natürlich setzen die nötigen Schritte auf nationaler und europäischer Ebene viel politische Kraft und Mut voraus. Aber wenn es die Eurozone selbst in der schwersten Krise nicht schafft, in eine neue Ära der finanzpolitischen Disziplin und Zusammenarbeit einzusteigen, werden am Ende die Kritiker des Euro recht behalten, die ein Zerbröseln der Union prophezeien. So weit sollten wir es nicht kommen lassen.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Allianz